

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“,
„Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes

Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes
Beitrag nach dem Abdruck des 10. und 11. Hefes

Noch mehr Zölle!

Keine Milderung der Zollvorlage — Die Zollsätze werden erhöht
Die Zoll-Listen ergänzt

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli.

Vor einigen Tagen behaupteten bürgerliche Blätter, die
Zollvorlage der Regierung sei mit einzelnen Parteien über eine
Milderung der Zollvorlage. Statt der landwirtschaftlichen
Mindestzölle sollten geltende Zölle eingeführt werden. Die
„Deutsche Tageszeitung“, das bürgerliche Organ
des großagrarisches Landbundes, bestreitet nunmehr auf ent-
schiedenste, daß es sich bei den Verhandlungen um ein Ab-
senken der Zollsätze handelt. Regierung und Parteien setzen viel-
mehr daran.

Die Zollvorlage noch zu „verbessern“ in der Richtung der
bekannten Wünsche der Landwirtschaft.

Daraus geht klar hervor, daß die Zollsätze noch mehr erhöht
und die Lücken in der Zollliste ergänzt werden sollen. Ins-
besondere sollen noch einige Agrarprodukte mit Zollsenkung be-
straft werden. Nähere Angaben über das Zollkompromiß macht
die „Kreuzzeitung“, das Organ des Grafen Westarp,
der bekanntlich feststellte, daß das deutsche Volk vor Steuern ver-
derbere. Nach der „Kreuzzeitung“ ist bemerkenswert, daß die
Korn- und Viehzölle, die im Kompromiß vorgesehen sind,
noch über die Höhe der Vorlage der Luther-Re-
gierung hinausgehen. Als Beruhigungsgeld für die
hinter den Deutschnationalen und dem Zentrum stehenden Wert-
tätigen fallen die Mindestzölle weg. Doch treten an ihre Stelle
erhöhte „autonome Zölle“, die für Weizen 7,50 Mark,
für Roggen 7 Mark schon ab 1. August 1925 betragen (nach dem
Entwurf der Lutherregierung sollten die Zölle bis zum 1. August
1926 höchstens 6,50 Mark für Weizen und 3 Mark für Roggen

Sinken kommen im Kompromiß noch Mindestzölle für Vieh, die
auch durch Handelsvertragsverhandlungen nicht herabgesetzt wer-
den können.

*

In der Vorlage der Lutherregierung waren die veranschlag-
ten Zölle ausdrücklich als Mindestzölle bezeichnet worden.
Unter dem Druck der Großagrarien werden diese nunmehr
noch um ein Bedeutendes erhöht. Dazu müssen die
Werktätigen aller Parteien, die Gewerkschaften und Konsum-
genossenschaften sofort Stellung nehmen.

Die schnelle Verkündung der Aufwertungsgeleihe zeigt,
daß die Lutherregierung vor keiner Provokation zurückbleibt.

Der Wucherzoll auch gegen Handwerk und Mittelstand

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli.

In der Sitzung des Zolltariffausschusses des Reichstags
erledigte der Regierungsbund am Sonnabend, ohne sich um
die Einwände der Oppositionsparteien zu kümmern, die
erhöhten Leder-, Kautschuk- und Holzölle. Bei den
Holzölle ergab sich eine bezeichnende Situation. Der deut-
sch-nationale Abgeordnete und Tischlermeister Böth hatte eine
Protesteingabe gegen den Sperholzöl, das Hauptma-
terial der Möbelindustrie, unterzeichnet. Genosse Rolenberg trug
im Ausschuss diese Eingabe des Herrn Böth vor, während der
anwesende Böth es nicht mehr wagte, seinen Standpunkt zu
verreten. Da er stimmte sogar gegen seine eigene
Eingabe, die von den Kommunisten zur Abstimmung gestellt
wurde. Wahrlich, kennzeichnend für diese Sorte Wirtschafts-
politik, die nicht nur die Massen des Proletariats und der
Kleinbauern, sondern auch den Mittelstand und das
Handwerk aufs Schwerste trifft.

Das Fazit des Parteitages

Die Delegierten des 10. Parteitages der
KPD. sind wieder an ihre Arbeits- und Kampfstelle zurück-
gekehrt. Fünf Tage waren zuerst vorgesehen zur Bewältigung
des Parteitagsarbeits, sieben Tage vom frühen Morgen bis
in die späten Nachmittage hinein waren erforderlich, um die
gewaltige Arbeit zu leisten. Dazwischen hinein keine son-
derlichen Erholungspausen mit allerlei bürgerlichem Rhythmus
von Ausflügen mit Musik, Theatern und Konzerten, wie das
die sozialdemokratischen Parteitage und Gewerkschaftskongresse
auszeichnet, um hierbei die Verbrüderung mit der schillernden
Fahrt zu heucheln; die schwierige Fahrt ist auf dem kommunisti-
schen Parteitag nicht Staffage, sondern das Werk selbst. Waren
doch von den 170 Delegierten des Parteitages 142 Arbeiter aus
den Betrieben. Darin allein schon dokumentiert sich nach außen
hin der Parteitag der KPD. als der Kongress der deut-
schen Arbeiter. Und so wie jede Stunde, jede Minute der
Kommunisten dem Dienste der Revolution und der
Befreiungswerte der Arbeiterklasse gewidmet ist, so war in
diesen sieben Tagen jede Minute dem großen Werk des Auf-
baues der Organisation zur Befreiung der Ar-
beiterklasse gewidmet. Neben den öffentlichen Ver-
handlungen liefen die Kommissions- und Abteilungs-Beratun-
gen. Die Kongress-Kontrolle über die Tätigkeit der einzelnen
Delegierten war eine strenge. Niemand konnte sich hier von der
Arbeit drücken. Allein schon diese strenge Disziplin und die
großen Anforderungen, die an die Delegierten gestellt waren,
zeugen von dem hohen Grade der Entwicklung in der Bolsche-
wisierung des revolutionären Vortrags der deutschen Arbeiter-
klasse.

Die Festigkeit und die Einheitlichkeit des revolu-
tionären Blods in der Kommunistischen Partei legte be-
redtes Zeugnis über das Wachstum der theoretischen
Klarheit innerhalb der KPD. ab. Während auf allen
früheren Parteikongressen der KPD. die beständigen Frakti-
onskämpfe mit abgeordneten Sitzungen und Beratungen
fortdauerten, während noch bis Frankfurt man eigentlich noch
zwei oder drei Parteien in einer Organisation sprechen konnte,
bei denen jede Fraktion strenge Fraktionsdisziplin übte, selbst
wir zum erstenmal auf diesem Parteitag die vollständige Un-
möglichkeit organisatorisch-fraktioneller Gruppierungen. Die
Kommissionsitzungen oder Planberatungen mußten nicht, wie
früher, ausgelegt werden, weil die einzelnen Fraktionen Be-
sprechungen abhielten. Der Parteitag hatte mit überwältigender
Mehrheit einen solchen Zustand auch nicht eine einzige
Minute geduldet.

Nicht etwa, daß keinerlei Gruppierungen vorhanden ge-
wesen wären; die verschiedenen Tendenzen und Ab-
weichungen von der Gesamtlinie der Partei traten lebhaft
genug hervor und wurden mit aller Schärfe durchgelämpft.
Aber keine innerparteiliche Gruppierung hat es auch nur einen
Moment gewagt, während der Tagung die Anhänger ihrer
politischen Auffassung zu gemeinsamen Beratungen, zu einem
festen organisatorischen Gefüge zusammenzufassen. Diese Tat-
sache zeigt, daß die aus der alten Zeit und den alten sozialdemo-
kratischen Parteitraditionen stammenden Parteigruppierungen
innerhalb der KPD. ein für allemal überwunden
sind. Mit stürmischem Beifall wurden alle entsprechenden Hin-
weise und Ausführungen der Parteidelegierten, die ankündigten,
mit Fraktionsversuchen endgültig Schluss zu machen, be-
grüßt. Das zeigt den seit dem Frankfurter Parteitag sich klar
entwickelnden bolschewistischen Geist, der mit dem Ber-
liner Parteitag zur festen Tradition der KPD. wird.

Daß die Partei auf diesem Gebiete organisatorisch-frakti-
oneller Betätigung einzelner ideologischer Gruppierungen keinen
Spaß versteht, hat sie in dem letzten Jahre mehr als einmal
bewiesen. Also nicht etwa hohle Worte und leere Drohungen
waren es, die nach links und rechts gerichtet wurden, um zur
Parteieinheit zu mahnen; es war ein In-Erinnerung-rufen
der Pflichten, die jeder auf sich nimmt, der in die von
ihm frei gewählte Gemeinschaft mit dem revolutionären Vor-
trupp des Weltproletariats eingegangen ist. Dieser Geist, der
heute die Partei beherrscht, ist die beste Gewähr einer gesunden
Fortentwicklung auf dem Grundboden, den sich das revolutionäre
Proletariat in der kommunistischen Weltpartei ge-
schaffen hat.

Der Parteitag hat bewiesen, daß er bei allen ausgedehnten
innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Parteipolitik,
über die bolschewistischen Methoden des revolutionären Klassen-
kampfes, nicht vergessen hat die großen Gegenwartsaufgaben,
die die deutsche Partei der Kommintern für das deutsche
internationale Proletariat in der nächsten Zukunft zu erfüllen
hat. Beide Aufgaben mußte der Parteitag lösen und hat sie
gelöst. Ohne klare bolschewistische Theorie — keine revolu-
tionäre Arbeit! Ohne theoretische Einheitlichkeit — keine Mög-
lichkeit, die proletarischen Kampfaufgaben zu lösen! Ohne An-
wendung der leninistischen Kampfstrategie — kein revolu-
tionärer Klassenkampf! Ohne nationale Einreihung und Unter-
ordnung in die internationale Gesamtlinie der Weltpartei —
keine revolutionäre Lösung der politischen, ökonomischen, sozialen
und kulturellen Probleme. Diese klare Erkenntnis stand

Falschittische Gememorde in Medlenburg

Eine bürgerliche Enthüllung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten, daß
die Ermordung des Berliner Arbeiters Holz in Medlenburg
durch die abgeurteilten Korbhandwerker nicht der einzige Fall
eines Gememordes in dieser Gegend gewesen ist. So wurde an
der Chaussee vom Dorfe Medlenburg nach Bad Kleinen im
vorigen Jahre ein unbekannter erschossen aufgefunden. In
der Nähe des Dorfs der Festung Küstrin sind erschossen auf-
gefunden worden ein gewisser Gröschke und Brauer. Im
Tage der Fest wurde der angebliche Oberknecht Müller
von dem anstehenden noch immer nicht ausgelieferten Grösch-
ke erschossen. Ein anderer Bölscher, Arno Schwenke,
wurde am 30. April d. J. im Tage der Fest erschossen, ein
Leutnant Sand im Herbst 1923 mit zwei Kopfschüssen in
Döberitz aufgefunden. Von der letzten Mordtat führen ge-
wisse Spuren zur Ermordung des Holz in die unmittelbare
Umgebung des durch den Rüstmeister Busch bekannten Major
Bucherer.

In einem Bericht seines Sonderkorrespondenten aus Wis-
mar bringt daselbe Blatt auch noch einige Andeutungen aus
der für geheim erklärten Verhandlung gegen die verurteilten
Korbhandwerker. Der Bericht erinnert an die bis ins kleinste
organisierten Formationen, die in Medlenburg auf das Signal
des Anschlusses warten sollten und in deren Programm stand:
Entfesselung des Bürgerkrieges, Ausplünde-
rung der Kaufmannsläden, Niedermetzelung
der Juden usw. Das „Berliner Tageblatt“ spricht selbst
von den Bestrebungen der inneren Reaktion, deren Aufmarsch-
plan war: Berlin, Thüringen, Saaken.

Diese Enthüllungen eines bürgerlichen Blattes, die aller-
Wahrheitlichkeit nach noch nicht den zehnten Teil aller von
den bölschen Mördern begangenen Schandtatzen umfassen, müssen
genade fest allen Arbeitern ins Bewußtsein gehämmert werden,
damit sie begreifen, wie notwendig es ist, für die
Amnestie derjenigen einzutreten, die wegen der
Abwehr der falschittischen Banden in den Buch-
häusern schmachten.

Großer Erfolg der Rüstabblen

Zaga erobert

Paris, 20. Juli.

Der Vormarsch Abd el Krims kommt nicht zum Stehen, ob-
wohl ihm auf französischer Seite annähernd 150 000 Mann
Truppen gegenüberstehen. Nachdem vor wenigen Tagen der
Eisenbahnknotenpunkt Bab el Zaga in die Hände der Rüs-
tabblen gefallen sind, wird nunmehr die Eroberung von
Zaga selber gemeldet. Bekanntlich ist die Straße Sez-Zaga
die einzige Verbindungsstraße zwischen Marokko und Alger.

Auch die Garnison von Kiane, 22 Kilometer nördlich
von Zagan, ist von den Rüstabblen gefangen genommen worden.
Das französische Lager von Ain Mcha wird demnächst be-
schossen und ist schwer gefährdet. So wird die Lage in Marokko
vor allem infolge der gegenwärtig in Nordafrika herrschenden
Siegperiode für die französischen und auch für die spanischen
Truppen immer bedenklicher.

Vom Tage

Im Ruhrgebiet gibt es gegenwärtig 40 000 voll-
arbeitslose Bergarbeiter. Die Zahl der Feier-
schichten würde, auf Mann und Monat umgerechnet, etwa
weitere 15 000 voll- und halbarbeitslose Bergarbeiter ergeben.
Damit nimmt die Krise einen Umfang an, wie sie in den letzten
zwanzig Jahren in dem Ruhrgebiet nicht zu verzeichnen war.

Die deutsche Note an Briand ist am Sonnabend-
abend auf telegraphischem Wege an den deutschen Botschafter
in Paris übermittelt worden. Sie wird heute übergeben und
morgen veröffentlicht werden.

Die Versammlung der Staats- und Ge-
meindearbeiter in Hof und die Stadtverordneten-Versam-
mlung von Suhl nahmen beide mit den Stimmen der
Sozialdemokraten eine Resolution auf Freilassung der politischen
Gefangenen an.

Nach dem Unfall der kroatischen Bauern-
partei ist der Verräter Raditch aus dem Gefängnis
entlassen worden.

Die Schlußfikung des Parteitag

Berlin, 20. Juli.

Nach sechs Tagen Arbeit fand am Freitagabend der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands seinen Abschluß. Um es gleich zu sagen: Der Parteitag beschloß nicht die Hoffnungen der Schwarzfahrer und Westmänner.

Die politische Resolution des Parteitages sowie die Grundlinien der politischen und wirtschaftlichen Arbeit wurden einstimmig angenommen.

ohne jede Stimmzettelungen. Damit wurde von diesem Parteitag dokumentiert, daß die Einheitsfront in der Partei vorhanden ist, die Einheitsfront, die für jede Arbeit und Vorwärtswendung Voraussetzung und Lebensbedingung ist.

Daß diese Einheitsfront erst auf Grund einer eingehenden Klärung der Grundverhältnisse erreicht worden ist, zeigte auch die ausgiebige Diskussion, die noch am letzten Tage geführt wurde.

Die Vormittagsführung war der Fortsetzung und dem Schluß der politischen Diskussion gewidmet. Hier meldeten sich zu Wort alle diejenigen Genossen, die von rechts und von links gegen die Linie der Mehrheit der Zentrale etwas einzuwenden hatten. Wesentlich Neues brachte die Minorität nicht hervor. Doch mit Recht betonte Genossin Ruth Fischer in ihrem Schlusswort, daß in den Anwendungen des ultra-linken Genossen Ewan gegen die Linie der Zentrale verdammt viel von dem gefühlsmäßigen Radikalismus stecke, der ins KAPD-Weltliche hinabzurutschen droht. Als Genosse Ernst Meyer im Namen der Rechten sprach, berührte er sich in dem Punkte mit den Ultra-linken, daß auch er meinte, die Parteileitung müsse jetzt eine Revision der Linie von Frankfurt durch.

So mußten die beiden Schlussworte, die am Nachmittag vor der Abstimmung der Resolutionen von Genossen Schälmann und der Genossin Ruth Fischer gehalten wurden, vor allem zeigen, worin die Irrtümlichkeit dieser Ansicht besteht. Genosse Schälmann zeigte an Hand einer analogen politischen Situation, in der sich die Russen nach 1905 befanden, wie Lenin die Manövertaktik der bolschewistischen Partei damals durchzuführen suchte. Es gab noch eine berühmte Situation, als die damaligen „linken“ Kommunisten in Preußen gegen die Lenin'sche Taktik austraten, weil diese — im Namen der proletarischen Revolution — nicht mehr und nicht weniger als ein vorübergehendes Bündnis mit dem deutschen bürgerlichen Staat erforderte. Die Tatsache des Offenen Briefes, um die Fesseln der Union so viel Aufhebens gemacht wurde, läßt sich nicht in ein System bringen. Auch hier wies Genosse Schälmann nach, eben so wie in seiner Interpretation der Lenin'schen Staatstheorie, worin die starre Auffassung der Ultra-linken liegt.

Genossin Ruth Fischer zeigte in ihrem Schlusswort, daß die Ultra-linken nicht einsehen wollen, worin die jetzige Situation sich von der Periode des Frankfurter Parteitages wesentlich unterscheidet. Es genügt allein darauf hinzuweisen, daß die kapitalistisch-demokratische Vera, die zur Zeit des V. Weltkongresses bestand, und die auch in Deutschland sich im Dames-Plan markieren sollte, ersichtlich vorbei ist. Daraus allein ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen Taktik. Jetzt

haben die Massen in vollem Umfange den Sinn ihrer Oktober-Revolution von 1923 begriffen. Genossin Ruth Fischer betonte, daß die Gruppe der Ultra-linken es war, die faktisch die praktische Durchführung der Frankfurter Linie in ihren konkreten Einzelheiten hemmte.

Sum Schluß verurteilte Genossin Ruth Fischer bei den nächsten Aufgaben der Partei. Neben der Gewerkschaftsarbeit, dem Kampf um Lohn und Arbeitszeit, der Kampagne gegen die Fülle gilt es, im allgemeinen die Front von unten in den Betrieben zu verbreitern. Zu dem Kampf gegen die monarchistische Reaktion muß mehr Arbeit in den Schichten außerhalb des Proletariats (Dauern und Mittelstand) geleistet werden. Süddeutschland muß im allgemeinen mehr beachtet werden. Praktischer Leninismus heißt: die Situation richtig erfassen und die sich daraus ergebende Taktik und Strategie den konkreten Bedingungen anpassen. Unsere Lage ist jetzt günstiger als die der russischen Genossen 1905, weil wir neben anderen Momenten ein revolutionäres Hinterland haben: Sowjetrussland!

Nach den Schlussworten wurden die Abstimmungen und die Wahl der neuen Zentrale vorgenommen. Auch diese Wahl erfolgte einstimmig. Der Vorliegende, Genosse Gieseler, gedachte am Schluß der Revolutionärsfeier in der ganzen Welt, der namenlosen Soldaten der Revolution, der politischen Gefangenen in allen Ländern des Kapitalismus. Mit dem wuchtigen Gesang der „Internationale“ wurde die Tagung gegen 10 Uhr abends geschlossen.

Die Frauendelegation an den Parteitag

Der geliebte Geschäftsgang des Parteitages wurde unterbrochen durch das Erscheinen einer Delegation der Frauen der politischen Gefangenen. Auf der Tribüne des Saales im Preussischen Landtag erschienen 7 Proletarierinnen, Arbeiterinnen mit verdorrten Gesichtern. In ihrer Begleitung befand sich ein Genosse, der ein paar Stunden vorher nach 21-monatiger Haft das Gefängnis von Kottbus verlassen hatte. Eine dieser Frauen schreute mit ihrer rauhen Stimme in einfacher, ungeschmückter Sprache in den Saal den Ruf nach Mitleid.

Wir sind, sprach diese Proletarin, zu der KPD gekommen, als der einzige Partei, die sich der politischen Gefangenen annimmt. Unsere Männer schmachten hinter den Gefängnismauern der Bourgeoisie, während die Faschisten und Feinde der Arbeiterklasse frei herumlaufen. Wir rufen die ganze Menschheit auf: Macht Schluss mit dieser Schmach! Ihr Kommunisten, sammelt Unterschriften für die Vollamnestie. Die Rote Hilfe unterstützt unsere Gefangenen und uns. Wir wollen mit euch Kommunisten gemeinsam kämpfen. Kämpft für die Vollamnestie der proletarischen Kämpfer!

Zufrieden hörte der Parteitag den Ruf der Proletarierinnen und den Bericht des aus Kottbus entlassenen Gefangenen an. Die Selbstbezeugung des Parteitages zeigte, daß dieser Ruf der Frauen der politischen Gefangenen einen tiefen Widerhall gefunden hat. In allen Teilen des Reiches, wo die Delegierten nach dem Parteitag zurückkehren werden, soll dieser Widerhall erklingen.

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Goldene Worte Hindenburgs in früher Zeit

Entlassungen Inflationsoptionen zum Trost

... aber besonders habe ich mich sehr interessiert für die Lage der armen alten Rentner. Ich habe ja auch Bedenken, daß ein Mann, der 10 000 Mark Vermögen gehabt hat, nur mit 15 Prozent aufgewertet werden soll, ebenso wie ein Millionär. Wenn dieser dann davon existieren, während der andere es nicht kann. Ich habe selbst mein Vermögen verloren und kann daher die Notlage dieser Leute verstehen. Wenn ich meine Pension nicht gehabt hätte — und die war ja ausreichend — hätte ich auch hungern müssen. Ich bitte Sie daher, Ihre Wünsche noch einmal kurz schriftlich einzureichen. Das letzte Wort in dieser Frage ist noch nicht gesprochen. Ich werde erst das fertige Gesetz abwarten, bevor ich meine Entscheidung fälle. Wenn Sie wissen ja, ich muß als alter Soldat mit der Freiheit meines Handelns wahren.“

(Worte Hindenburgs an die Sparschekbank.)
Auch hat Hindenburg unter der Schwindselgehe der Inflationsoptionen sein Siegel gedrückt. Die Betroffenen, die zufällig seine „ausreichende“ Feldmarschall-Pension beziehen, mögen sich Hindenburgs goldene Worte in ihr altes Sparkassenbuch flehen und darüber nachdenken. Mit dem einen Gedanken müssen sie sich aber schon heute vertraut machen: freiwillig werden die großen Inflationsoptionen nicht herausgerissen. Nur im Kleinkampfe seine an Seite mit den Angehörigen in Stadt und Land, unter der Führung der Kommunisten, werden die Ganner und Bolschewiken niedergelassen werden können.

Bürgerliche Verhöhnung der Amnestieforderungen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli.
Die „Tägliche Rundschau“, das Reichsblatt Stresemanns, und immer evangelischer Pastor, widmet dem Parteitag der KPD einen Artikel. Im Schlussatz lautet es sich folgende niederträchtige Verhöhnung der Amnestieforderungen der Arbeiterschaft:

„Zielbewußt arbeitet die KPD und unterwirft den Staat. Die niederschmetternde Weiße Justiz“ aber gestattet es trotz allem noch, daß dem Parteitag aus dem Zentralgefängnis Gollnow ein Gruß ausgeht. Wir wünschen den Tag, an dem wir wieder

Rote Tage in Schlesien

In Schlesien fanden gestern zwei Rote Tage statt. In Mittelschlesien war Striegan der Sammelplatz der roten Frontkämpfer und revolutionären Arbeiter, die sich, wie aus dem Bericht an anderer Stelle hervorgeht, zu Tausenden versammelten. Wenn es war es in Zabrze, wo, wie uns berichtet wird, hier bis fünftausend ober-schlesische Rote Frontkämpfer sich versammelten. Die Straßen in Zabrze wurden am vergangenen Sonntag von den roten Fahnen und roten Kopfkappen beherrscht. Allein der Ausgang dauerte von 1/2 bis 1 1/2 Uhr. Der Höhepunkt des Tages war die Bannerweihe.

Beide roten Tage beweisen, daß der revolutionäre Klassenkampf, dessen Ausmaß der Rote Frontkämpferbund ist, innerhalb der schlesischen Arbeiterschaft mächtig im Wachsen begriffen ist. Nur weiter auf diesem Wege! Rot Front!

in der Lage sind, unsere hier erworbenen Kenntnisse praktisch in den Dienst der revolutionären Parteiarbeit zu stellen“ und aus dem Zentralgefängnis Kottbus: „Wir erwarten mit Ungeduld den Tag, der uns wieder in die vordersten Reihen des revolutionären Proletariats führen wird.“

Man wird sich dieser Wünsche und Ziele an gegebener Stunde erinnern müssen.“
Die Arbeiterschaft wird die unverkündete Drohung, die in dem letzten Satz liegt, verstehen und ihren Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen verteidigen.

Betriebsstillegungen in Waldenburg

Waldenburg, 20. Juli.

Vor wenigen Tagen sind auf der Dilltorgrube bei Gontersberg zwei Grubenabteilungen stillgelegt worden. Die arbeitslos gewordenen Bergleute sollen auf anderen Gruben und im Betriebe unter Tage untergebracht werden. Die Verlegung der Kumpels ist mit unerhörten Schikanen und Härten begleitet.

Streit der Maler in Breslau

Breslau, 20. Juli.

Heute früh sind die Maler hiesiger Stadt in den Streit getreten, nachdem der Schlichtungsanspruch einen Scheiternsfall, der nur eine Erhöhung von 6 Pf. pro Stunde vorsieht. Die Maler hatten 30 Prozent Lohnerhöhung gefordert. Die Stimmung der Streitenden ist gut.

Noch kein Ende der Stinnespleiße

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli.

Auch zuverlässigen Informationen ist die Lage des Stinneskonzerns bedeutend ernster, als bisher angenommen wurde. Es wird in unterrichteten Kreisen für sich gehalten, daß die von den Großbanken unternommene Sanierungsaktion sich bei der Höhe der Verpflichtungen des Stinneskonzerns nicht mehr lange durchführen lassen und die Einstellung eines regelrechten Konkursverfahrens nicht zu umgehen sein wird. Stinnes hat in den letzten Tagen seinen bedeutenden Anteil an den Aktien der Berliner Handelsgesellschaft, den er kürzlich mit Hilfe des berühmten Börsenschiebers Gypert zusammengekauft hatte, verkaufen müssen, ohne dadurch größere Barmittel in die Hände zu bekommen. Außerdem schwebt neue Verhandlungen über die Veräußerung eines im Besitz von Stinnes befindlichen großen Vorkens von Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke einer der bedeutendsten Schöpfungen von Stinnes. Außerdem steht auch der Abbau der russischen Zinnminen (der A.G. für Osthandels- und Industrieunternehmungen) ebenso wie der ungarischen und österreichischen Zinnminen bevor.

Russische Weißgardisten im Saargebiet

Saarbrücken, 20. Juli.

In das Breibacher Gürtenterrain wurden in den letzten Tagen 150 Mann der ehemaligen Brangellarmee eingeführt. Es verlautet, daß noch weitere 250 Mann folgen sollen. Während es im Saargebiet selbst viel Arbeit gibt, erhalten diese Konterrevolutionäre neben freier Kost und Wohnung noch 20 Prozent mehr Tagelohn als die deutschen Arbeiter.

Man behauptet, die weißen Mörderbanden würden recht gut auf Kosten der deutschen Arbeiter.

in jedem Augenblick jedem Parteiarbeiter vor Augen, der auf dieser Tagung zu den allgemeinpolitischen Problemen, wie auch zu den Aufgaben sprach, die der Partei zu stellen sind. Durch alle Neben lag diese Erkenntnis hindurch: Diese Tatsache beweist die hohe vorbildliche Schulung, von der die gesamten Parteifunktionäre, bis hinunter in die Betriebe, getragen sind.

Den Schluß des Parteitages bildete eine gewaltige Manifestation für die Volksehrung der Partei, die im elementaren Willen zur leninistischen Einheit zum Ausdruck kam. Die Abstimmungen über die grundsätzlichen Entscheidungen, die einheitsfront getroffen wurden, begeisterte die Tagung zu stürmischen Beifallsenthusiasmus. Die kleinen Gruppen, die ebenfalls des Weges, von der Partei als den richtigen erkannt hatten, legten sowohl in den Abstimmungen wie in der begeisterten Zustimmung des Willens zur Einheit das Bekenntnis ab: Die Partei hat gesprochen; wir haben zu gehorchen!

Der breiteste Rahmen der Verhandlungen galt den von der Partei gestellten Aufgaben in der nächsten Zukunft. Diesen Aufgaben waren vier Fünftel der gesamten Verhandlungen zugewendet, während ein Fünftel den innerparteilichen Auseinandersetzungen gegolten hat. Den von der Partei gestellten Aufgaben ist zweifellos das Hauptaugenmerk zugewendet worden. Auf den Grundstein zu diesen Aufgaben, der durch die große Rede des KPD-Vertreters gelegt wurde, bauten sich Stein um Stein, die Ausführungen des Vizepräsidenten der übrigen Referenten und der Diskussionsredner auf. Die bürgerliche Presse, und an deren Spitze die sozialdemokratische, hatte für den Parteitag der Kommunisten viel Schall und Spott übrig. Aber vor der Flare und scharf markierten Analyse über die Weltlage und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die unterdrückten Volksmassen mußten selbst die giftigsten Klaffen im Lager der Bourgeoisie verstummen. Die Sorge des „Vorwärts“ und anderer antibolschewistischer Blätter, ob die deutschen Arbeiter die weltpolitischen Probleme, wie sie die kommunistische Internationale mit zwingender Eindringlichkeit vor die Ausgebeuteten dieser Erde stellt, auch begreifen werden, mögen die feuilletonistischen Goldschreiber der Imperialisten ruhig uns überlassen. Der blühende Anschauungsunterricht, den der weltbeherrschende Imperialismus den Ausgebeuteten, Ausgeplünderten dieser Erde täglich beibringt, sorgen von selbst schon dafür, daß die Schule des befreiten russischen Proletariats auch in abtrübnigen Ländern allmählich durchdringen wird.

Groß war die Arbeit, die in den sieben Tagen geleistet wurde. Noch größer aber ist die Arbeit, die zu leisten ist, um die auf dem Parteitag gestellten Aufgaben durch die Partei zu erfüllen. Außerordentlich reichhaltig ist das Material, das den Genossen mit dem Parteitag zur Verfügung gestellt wurde. Jetzt gilt es, nicht nur die gestellten Aufgaben mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu bewältigen, sondern ebenso intensiv muß die Betätigung innerhalb der Parteioorganisationen sein um die richtige Durchführung dieser Aufgaben. Der 10. Kongreß hat hierzu sowohl die theoretische als die praktische Grundlage geschaffen. Für alle Parteigenossen gilt die Forderung: Die Partei hat gesprochen! Frisch ans Werk! Die Organisation der Revolution ist festgelegt denn je zuvor, und die eiserne Kohorte der Revolution wird den geschaffenen Kriegsplan zur Verwirklichung der Befreiung des Proletariats durchführen.

Bereits mehr als eine halbe Million Unterschriften!

Kämpft weiter für die Vollamnestie!

Berlin, 20. Juli.

Immer entschiedener treten die Massen der Werktätigen in Stadt und Land für die Verwirklichung einer Vollamnestie ein. In den Betrieben, den Gewerkschaften, in den Gemeinderäten und in öffentlichen Straßenkundgebungen wird immer eindringlicher die Forderung nach der Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen erhoben. Die Amnestiekampagne der „Roten Hilfe“ findet ein hartes Echo.

Bereits sind über eine halbe Million Unterschriften für die Forderung der „R.H.“ gesammelt worden. Am 17. Juli war der Stand der Unterschriftensammlung in den Bezirken folgender:

Berlin	143 000
Halle	48 000
Hamburg	40 000
Chemnitz	36 000
Ostern	30 000
Württemberg	25 000
Stuttgart	20 000
Mannheim	16 500
Bremen	14 000
Moschburg	13 800
Düsseldorf	14 000
Leipzig	11 000
Dresden	10 500
Schlesien und O.-E.	9 200
Köln	9 000
Bayern	8 000
Frankfurt a. M.	7 500
Hannover	7 000
Essen	6 300
Mechelenburg	5 200
Wien	4 100
Ostpreußen	4 000
Bonnern	2 000

Trotz der Schöpfung der KPD beteiligten sich Jahrtausende von sozialdemokratischen Arbeitern an der Unterschriftensammlung. Sogar Demokraten, Zentrumselemente und Kleinbauern treten für die Forderung der Vollamnestie mit ihrer eigenen Unterschriften ein. Jetzt ist die Unterschriftenliste der Reichsregierung endlich veröffentlicht. Von 7 000 politischen Gefangenen sollen nur 800 freigesetzt werden. Diese Schamnummer muß verworfen werden. Die Arbeiterschaft muß deshalb alle Kräfte aufbieten, damit die Forderung der vollständigen Amnestie in den Kreisen nicht zu Schanden wird!

Die Reichsregierung hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes dem Reichstag und dem Reichsrat zugehen lassen. Ende dieser Woche wird er im Reichstagsplan verhandelt werden.

Das Vorstandsamt Schwanenbrunn verurteilt 5 von 7 angeklagten in geistlichen Arbeitern zu insgesamt 12 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und 1 Jahr Gefängnis wegen Ehrenhaftvergehens, weil sie angeblich während des großen Bergarbeiterstreiks im Mai 1924 eine Handgranate zum Wachen gebracht haben sollen. Alle Angeklagten bestritten entschieden die Schuld.

Waldenburg

Neu-Salzhayn. Nieder mit der Zollvorlage! Mit diesem Thema beschäftigte sich die am Donnerstag nach dem Gasthaus „Finsterebnen“ einberufene Versammlung der A.S.D. Der Besuch war ähnlich wie in den A.S.D.-Versammlungen, ein schlechter. Mit nackten Zahlen schilderte der Genosse Dombrowski die Auswirkungen der Schutzzölle und der Steuern. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen S. B. und K. Der erste sprach von der Ablicht der Deutschnationalen, für die Getreidezölle Mindestsätze einzuführen, für die Industriezölle aber nicht. Dieses soll die Einfuhr von russischem Getreide nach Deutschland verhindern. Auch hier machte sich die Orientierung Deutschlands nach Westen bemerkbar. Der Genosse K. sprach von der Notwendigkeit, über die Zoll- und Steuerfragen mit den Arbeitskollegen in den Werken zu sprechen, da die Waldenburger Arbeiterkassette in die öffentlichen politischen Versammlungen nicht mehr kommt. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Waldenburg. Theaterbau. Auf Grund der feineren vom Magistrat verfassten Denkschrift über das Kulturbauwesen im Industriegebiet Waldenburg sollen die an dem Bau eines Theaterhauses interessierten Kreise jetzt mitteilen, mit welchen Summen sie sich an dem Bau beteiligen wollen. Die Zuschüsse über diese Frage soll am 21. Juli stattfinden. — Das Kreis-Frankenhaus läßt sich nicht beleiden. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich dieser Tage der Verfasser des feineren in der „Bergwacht“ veröffentlichten Artikels, hier muß hineingelegt werden wegen Beleidigung zu verantworten. In dem Artikel wurde die Behauptung aufgestellt, daß der Tod des Schwiegervaters des Artikelschreibers durch unachtsame Behandlung im Krankenhaus erfolgt sei und daß dieser vom Pflegepersonal belächelt und geschlagen wurde. Als Zeugen traten die Krankenschwester und das Personal des Krankenhauses auf. Das Ergebnis war die Verurteilung des Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe.

Weißheim. Ein unfreiwilliges Bad nahm ein dreijähriges Mädchen in dem Salzbad bei dem letzten Gemütsregen. Das Mädchen stürzte in der Nähe des Barbiers Fuchs in den Bach, wurde in die Unterführung hineingerissen und tauchte auf der anderen Seite der Straße wieder auf, wo es gesund und munter aus dem Bach gezogen werden konnte.

Altwasser. Sabotageakt. Ähnlich wie auf der Viktor-Grube ist auch auf der Segengottes-Grube ein Sabotageakt verübt worden. Von Sonntag zu Montag wurden hier im Halbspaltum der Halbe sämtliche maschinellen Teile gestört. Der Grubenbetrieb mußte infolgedessen den ganzen Montag vormittag ruhen. Die Grubenverwaltung hat eine Belohnung von 100 Mark für Ermittlung des Täters ausgesetzt.

Waldenburg. Grubenfilme. Der von der Regierung angeordnete Professor Wempe hat in der letzten Zeit im ober- und nieder-schlesischen Kohlenrevier Grubenaufnahmen gemacht und wird diese in seinen in den nächsten Wochen beginnenden Vorträgen zur Vorführung gelangen lassen. Die Vorträge bezwecken die Bekämpfung der Betriebsgefahren in der Grube.

Lokales

Der Gerüchtefortschritt in der Viktoriastraße vor Gericht

Nicht der Bauunternehmer, sondern der Chauffeur auf der Anlagengasse

Breslau, 20. Juli.

Wir haben im Mai d. S. ausführlich zu dem Gerüchtefortschritt in der Viktoriastraße Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß nicht der Chauffeur sondern der Bauunternehmer die Schuld an dem Unglück trägt.

Am Freitag, den 17. d. M., hatte sich das erweiterte Schöffengericht mit dem Unglücksfall vom 26. Mai d. S. zu

beschäftigen. Für den Unfall wurde nun der 44-jährige Kraftwagenführer Willi Wuchel vom Straßrichter zur Rechenschaft gezogen. Er war wegen fahrlässiger Föhrung in drei Fällen und fahrlässiger schwerer Körperverletzung in einem Falle angeklagt.

Zu der Verhandlung waren 18 Zeugen und vier Sachverständige geladen. Das verhängnisvolle Bild lag auf dem Gerichtssaal. Der Angeklagte, dem allseitig das beste Zeugnis ausgestellt wurde, bestritt, daß er sich irgendwie gegen eine der beschuldigten Fahrordnungen vergriffen habe. Er sei am 26. Mai vormittags mit dem neuen städtischen Autobus die Viktoriastraße entlang gefahren und habe die Ablicht, den Straßenbahnwagen der Linie 15, der vor ihm fuhr, zu überholen. Als er

Achtung!

Schuhmacher!

Achtung!

In der Zeit vom 20. bis 25. Juli finden die Urwahlen zum 12. Gewerkschaftskongress in Breslau und zum internationalen Kongress der Schuh- und Lederarbeiter in Paris statt.

Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, sein Wahlrecht auszuüben!

Alle Verbandskollegen, die für die Einheit der Gewerkschaften, auch im internationalen Maßstab, sind, streichen auf dem amtlichen Stimmzettel alle Namen mit Ausnahme von

Höck, Johannes, Berlin.

Kandidaten-Vorschlagsliste zum
Internat. Kongress der Schuh- u.
Lederarbeiter, Paris.
4. Wahlkreis

Stimmzettel
Stempel der Zahlstelle

1. Weisse, Rudolf, Dresden.
2. Höck, Johannes, Berlin.
3. Reimer, Georg, Breslau.
4. Hammer, Peter, Berlin.
5. Jenke, Richard, Berlin.

Kandidaten-Vorschlagsliste zum
12. Kongress der Gewerkschaften
Deutschlands, Breslau
4. Wahlkreis

Stimmzettel
Stempel der Zahlstelle

1. Weisse, Rudolf, Dresden.
2. Höck, Johannes, Berlin.
3. Reimer, Georg, Breslau.
4. Hammer, Peter, Berlin.
5. Weisse, Karl, Hannover.
6. Jenke, Richard, Berlin.

in die Nähe des Grundstücks 102 gelangte, mußte er scharf an den Bordstein herantreten, um die aussteigenden Fahrgäste der Linie 15 nicht zu gefährden. Plötzlich bemerkte er, daß sein Wagen durch irgendein Hindernis gehemmt wurde. Bald darauf hörte er einen lauten Knack, und als er seinen Führer-rieg verließ, sah er, was sein Wagen für Unglück angerichtet hatte. Das Feuergerüst, das bis zum Dach reichte, und auf dem Maurer und Klempner ihre Ausbesserungsarbeiten verrichteten, war zusammengefallen. Von dem Gerüst hing ein Seil herunter, das an seinem unteren Ende in eine Schlaufe auslief und an der Bordsteinkante freilag. In diese Schlaufe hatte sich das Hinterrad des Autobus verfangen und den mittleren Teil des Gerüsts mit starker Gewalt eingerissen. Die Arbeiter, die auf dem Gerüst standen, wurden aus ihrer lebensgefährlichen Höhe in die Tiefe gestürzt. Zwei Maurer, der Maurergehelfe Paul Nagel und Wilhelm Schornig, waren sofort tot, sie hatten schwere Schädelverletzungen erlitten. Später erlag noch ein Verletzter der Klempnergehilfe Bräuer. Die verunglückten Arbeiter fanden in dreißig Minuten und waren verheiratet. Der überlebende Schwerverletzte war der sechsjährige Lehrling Hemper, der heute noch unter den Folgen dieses Sturzes schwer zu leiden hat.

Die Zeugen schüttelten in der Mehrzahl den angegebenen Sachverhalt und konnten an dem Verhalten des Angeklagten nichts feststellen, das ihm irgendeine Schuld nachweise. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß es sogar Vorzeichen für den Führer des städtischen Autobus sei, die Wagen der städtischen Straßenbahn zu überholen. Ein Maurer, der das Seil bediente, will dem Kraftwagenführer warnend zugerufen

haben. Das Gerüst konnte aber nicht an dem von dem Gerüstgebäude aufgestellten Autobus übergehen, das der Führer so von allen Seiten verschlossen war, daß der Führer den warnenden Zuruf nicht hören konnte. Der Vertreter der Anklage wog ab, bemerkte jedoch, daß es trotzdem der Angeklagte an jeder Vorlicht habe fehlen lassen. Er machte dem Angeklagten besonders den Vorwurf, daß er sich habe geteilt die Stelle zum Überholen des Straßenbahnwagens ausgewählt, an der das Gerüst stand. Der Vertreter der Anklage beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht gelangte jedoch nach kurzer Beratung zu einem Freispruch. Es war bei Anklage, daß das Unglück nur durch unglückliche Zufälle verursacht worden sei, für die der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Unserer Ansicht nach müßte der Staatsanwalt, nachdem die Unschuld des Chauffeurs erwiesen ist, den Bauunternehmer anklagen. Er hat es verabsäumt, das Gerüst durch einen Schutzgitter zu umgeben und dadurch den Unfall verursacht. Der Vertreter der Breslauer Zimmerer hat lehrerhaft dieselbe Ansicht vertreten.

Aus der Provinz

Roter Tag in Striegau

Striegau, 20. Juli.

Die kommunistische Partei hatte für den gestrigen Sonntag nach Striegau einen Roten Frontkämpfer-Tag ausgerufen. Bereits am frühen Morgen kamen die Ortsgruppen des K.F.B., der nächsten Umgebung Striegau, erschienen. Zwischen 8 bis 9 Uhr erschienen mehrere Tausend mit roten Frontkämpfern. Es waren die Ortsgruppen des K.F.B. von Bad, Hirschberg, Waldenburg, Striegau, der Breslauer K.F.B. war mit 120 Kameraden erschienen. Ferner waren erschienen die Ortsgruppen Freiburg, Schweidnitz und Jauer am Fuß. Vormittags fand eine Kundgebung im Garten mit Vorträgen und Gesang statt. Anschließend gab es eine Demonstration durch ganz Striegau von der Dübrowitz bis zum Ring. Auf dem Ring erwarteten etwa 3000 Zuschauer den tausend Mann starken Zug des Roten Frontkämpferbundes. Hier sprachen dann Genosse J. B. a. G., ein Vertreter des K.F.B., ein Vertreter der Jugend und der Vertreter der K.F.B., unter dem Namen Striegau, zu den Massen. Schließlich redeten mit ihren Worten Karlens Weisheit. Der Ring, auf dem die Demonstrationen zum Vierzelt. Der Abmarsch erfolgte abends zwischen 6 und 8 Uhr.

Soweit der uns zugegangene Bericht, aus dem zu ersehen ist, daß die Rote Frontkämpfer-Bewegung in Schlesien immer mehr Platz greift. Der glänzende ungeschlachte Verlauf des Roten Tages in Striegau ist ein gutes Zeichen für die Disziplin unserer Parteigenossen und Roten Frontkämpfer-Kameraden. In Striegau dominiert bisher noch das Banner schwarz-rot-gold. Der Rote Tag in dieser Stadt wird vielen Reichsbannerkameraden bewiesen haben, daß die Roten Frontkämpfer es ernst meinen mit ihrem Kampf gegen die Reaktion, und daß der Geist im Roten Frontkämpferbund ein rein proletarischer ist. Wir hoffen, daß in Kürze eine Menge Striegauer Reichsbannerkameraden die Reihen des Roten Frontkämpferbundes stärken werden, denn wer ernstlich gegen den kommenden Krieg und die Reaktion kämpfen will, der darf nicht in seinen Reihen Zentrumschafften und demokratische Finanziers haben. Der Rote Tag in Striegau war ein guter Aufmarsch für den Roten Frontkämpfer-Tag am 2. August in Breslau, zu dem wir hoffen, Striegauer Reichsbannerkameraden begrüßen zu dürfen.

Arbeiterport

Das Arbeiterportfest in Sprottau

Am Sonntag, den 12. Juli, veranstaltete der Arbeiterbildungsausschuss in Gemeinschaft mit allen Arbeiterportvereinen den Reichs-Arbeiterporttag, der bereits in allen Städten am 26. Mai abgehalten wurde, hier aber durch die Platzfrage erst am 12. Juli stattfinden konnte. Das Fest hatte einen schönen Zuwachs durch die schöne Mitwirkung erhalten. Es beteiligten sich nicht nur die Sprottauer Sportvereine, sondern es waren auch Mannschaften von den Arbeiterportfesten aus Sorau (M.-L.), Mährenau, Primsenau und Tiefenfurt erschienen,

Ein Liebeskummerwunder

Der Roman einer Illusion

Von Otto Müller Glöck.

Als Rosa so plauderte, lachte und lachte, kam Esche zu der Überzeugung, daß sie wirklich ganz gesund sein müsse und es fiel ihm wieder auf, wie „reizend“ sie sei. Er zog sie an sich, legte von hinten seine rechte Hand über ihren Kopf, so daß seine Fingerippen ihre Stirn berührten und drückte ihren Kopf nach hinten, so daß er ihr Gesicht wie einen Teller vor sich hatte. Er sah sie an und sagte leise: „Ein fürchterliches nettes Gesichtchen haben Sie, ganz entzückend, man weiß gar nicht, wo es zu hüben man beginnen soll. Das Mädchen? Das schied sich doch nicht. Die Stirn, das sieht so väterlich und brav aus. Die Wangen? Ja, weiche dann zuerst, die rechte oder die linke? Rasse ich die eine zuerst, dann ist die andere schrecklich eiferfüchtig. Die Augen? Das ginge ja auch, aber das sind auch wieder zwei, da gibt's natürlich auch schreckliche Eiferfüchtigkeit. Ja, ich weiß wirklich nicht. Können Sie mir denn nicht einen Rat geben?“ „Nein“, sagte Rosa nachdenklich, „finden Sie sich nur ganz allein heraus; ich hätte gar nicht gedacht, daß Sie in solchen Sachen so schrecklich dumm sind.“

Diesen Schimpf wollte Esche junior nicht auf sich sitzen lassen und so küßte er sie eben rüchhaltlos auf den Mund. Rosa tat dann, als sei sie sehr überrascht und fragte ganz ernsthaft: „Was tun Sie denn? Darf man denn das dulden? Werden Sie nicht schlecht von mir denken und lachen.“

„Was werde ich denn denken und lachen“, fiel er ihr ins Wort, „daß meine Rosa ein liebes, süßes, appetitliches und niedliches Mädel ist, das zu küssen versteht und das man küssen muß, bis es sticht.“

„Ja, das könnte Ihnen so passen, dann wären Sie mich doch gleich wieder los.“ „Nanu“, tat Esche sehr bestürzt, „ich habe doch Ihre Küßkunst gerühmt und sonst nichts Böses gesagt; ich wollte Sie sogar noch ein wenig nicken und fragen, wie Ihnen das gefällt hat.“ „Nun Sie, wer denn sonst? Sie denken wohl, ich lasse mich von jedem küssen. Heute nachmittags in meinem Zimmer haben Sie es mir vollends beigebracht.“ „So schnell geht das?“ „So was lernt man immer schnell, das lernt sich auch leichter als sonst was.“ „Denn, denn, denn, verzeihe der Löwe selbstgerecht, ist das Gerücht, daß die Tiger Menschen fressen, schwer zu widerlegen“, sagte Esche, „das ist aus einer Fabel, ich habe Fabeln sehr gern. Sie auch?“ „Nein“, entgegnete Rosa, „ich kenne keine, unser Lehrer hat uns keine

vorgelesen, aber was wollen Sie denn überhaupt damit sagen?“ „Ja, wollte nur damit sagen, ganz im Spaß allerdings, daß meine Vermutung, daß Sie auch schon einmal geküßt worden sind, also Sie mich noch nicht kannten, daß diese Vermutung bei einem jungen, hübschen Mädchen doch ziemlich schwer zu widerlegen ist. Bei Ihnen scheint, nebenbei gesagt, das gute Küßvermögen eine Naturbegabung zu sein. Aber kommen Sie her, lassen wir diesen ganzen fürchterlichen Schwachs und fassen wir hübsch weiter.“ „Ja“, schmolte Rosa, „so sehen Sie aus, ich denke gar nicht daran. Ich lasse mich nie mehr von Ihnen küssen. Die Männer sind alle so falsch und schlecht und Sie sind ja auch so und Sie denken immer, wenn ich die nur erst wieder los wäre, ich bin Ihnen ja so gleichgültig. Sie haben mich überhaupt nicht ein bißchen lieb.“

„Nun sagen Sie mal, mein liebes... hören Sie gut darauf, was ich jetzt sagen will, mein liebes Schöhh... ich will ich Sie hübsch ärgern.“ „Ich weiß schon, wie Sie mich rennen wollen, fährt Rosa auf, dann gehe ich aber sofort nach Hause und ich sehe Sie nie mehr an.“ „Dann rüß Sie sich von seinem Arme los, lief ein Stuhl voraus, hielt ihr Taschentuch vor das Gesicht und nahm sich vor, zu weinen. Es ging ihr wie einem Kinde, das plötzlich weinen kann, wenn ihm einfallt, daß es früher einmal durch einen Trid der Mutter betrogen worden ist. Anfangs schien das alles Esche junior als ein Spaß, als er jedoch sich Rosa näherte und feststellen mußte, daß sie wirklich traurig sei und weine, war er über- rascht und begriff nicht gleich, was das für einen Sinn haben konnte. Ihm war diese Situation jedenfalls äußerst peinlich, denn Rosa zeigte sich seiner Meinung nach als beschränkt. Schließlich mußte aber doch ein Ausweg gefunden werden, und so redete er freundlich auf sie ein, versprach ihr allerlei Geschenke, wenn sie wieder ruhig und lieb werde und versicherte ihr, daß er sich gar nicht bewußt sei, ihr weh getan zu haben, daß es jedenfalls nicht in seiner Absicht gelegen habe.

Endlich ließ sich Rosa umstimmen und kam seinen Bitten nach und befolgte auch seine Aufforderung, sich über das auszusprechen, was sie bedrückte.

„Ich weiß selber nicht, was mit mir ist. Ich bin so unglücklich. Erst freute ich mich immer über alles wie ein Kind, und dann bin ich immer gar nicht glücklich. Ich weiß auch nicht, was ich sagen soll. Sie sind auch manchmal so komisch mit mir, wie man mit fremden Menschen ist, wenn man sich nicht ein bißchen lieb hat. Und dann schenken Sie mir immer wieder was und ich bin nun so undankbar und weiß auch gar nicht, wie ich mich benehmen soll. Ich denke mir, das ist nun, weil Sie einmal reich sind und da können Sie mich nicht so

richtig lieb haben. Na, das wird ja überhaupt nicht lange dauern, da ist das mal alles aus und Sie überlegen sich das und gehen mit einer Reichen. Und dann denke ich: Du bist schon dumm gewesen, daß du so lange mit dem gegangenen bist und hast dir eingebildet, daß der lange mit dir geht. Ich bin doch auch so dumm und kann gar nicht mitreden, wo Sie doch studiert sind und ich nicht. Sie lachen auch nichts und da weiß man gar nicht, was man denken soll. Na, ich mache mir viel mehr Gedanken als Sie. Ich denke nachher immer an alles, was Sie gesagt haben. Bloß Sie sagen nicht, was Sie für sich denken. Sie behalten alles für sich, ich weiß das schon.“

Diese Auslassungen empfand Esche als überaus lästig. Er preßte seine Lippen aufeinander und dachte: Sie ist wirklich unmöglich. Man hätte wäherlicher sein sollen. Ich bin doch schließlich kein Volksschullehrer, der dazu da ist, Clementarunterricht zu erteilen. Man hätte vielleicht ein Mädchen gefunden mit ein wenig, wenn auch nur ein wenig mehr Bildung. Allerdings ist sie unverbunden, tölplich, die reine Unschuld vom Lande. Und dann, lächelte er vor sich hin, hat sie etwas an sich, daß sie für das eigne, eine pitante Bettunterlage abzugeben. Man muß die Geschichte diplomatisch drehen. Und dann sagte er in bestimmtem Tone zu ihr: „Na, legen Sie mal Ihre Tränen weg, ja, das irritiert mich. Was gibt es denn dabei zu weinen? Sie liebes Dummchen haben wahrhaftig keinen Anlaß dazu, habe ich Sie gemein behandelt? War ich ungezogen gegen Sie? Bitte. Wir wollen doch nicht tölpeln sein. Nicht wahr? Es ist doch alles absolut klar. Wir kennen uns kaum einige Monate. Sind nicht als Bruder und Schwester geboren und haben begreiflicherweise verschiedene Gemohnheiten. Wir müssen uns noch besser kennen lernen, bevor wir alles aneinander verstehen können. Ganz einfach ist das. Dabei ist doch auch gar nichts Tragisches. Sie haben in den letzten Wochen eine größere Umgebung und sind mit anderen Menschen in Berührung gekommen und nun sind Sie schon verzweifelt, daß Sie sich in ihrer größeren Umgebung noch nicht ganz wie zu Hause fühlen. Aber ist denn das schon ein Grund, unglücklich zu sein, wie Sie lachen. Dummheit! Mir gefallen Sie auch nicht immer in Ihrem Verhalten, aber Sie werden sich ändern und anpassen, wenn Sie es wollen. Ihnen, wie man sich verhalten muß. Und ich kann ebenfalls nicht plötzlich so fein, wie Sie es wünschen. Später wird alles ganz einfach und selbstverständlich sein. Sentimentalitäten allerdings sind mir äußerst peinlich und unangenehm. Ich verstehe da zufällig ein Sprichwort: Schick dich in die Welt hinein, denn dein Kopf ist viel zu klein, daß sich schick die Welt hinein. Nicht wahr?“ (Striegau folgt.)

Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 6

Redaktion: Landtag, Zimmer 21
Telefon: Wm. 2111/12

Herausgeber: Zentrale der KPD.

Diskussion zum politischen Bericht.

Resolution

Über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale.

Der 10. Parteitag der KPD. spricht seine volle Zustimmung zu allen Beschlüssen des 5. Weltkongresses und der Märztagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale aus.

Der Parteitag bejaht insbesondere das Bestreben der Zentrale aus, die tatsächlichen Beschlüsse des 5. Weltkongresses und die Vorschläge der Erweiterten Exekutive auf die Aufgaben der deutschen Partei anzuwenden und in ihrem Geiste die Politik der Partei durchzuführen.

Der Parteitag spricht der Exekutive der Kommunistischen Internationale sein volles Vertrauen aus und verpflichtet die neue Zentrale der KPD, sowie die bisherige Parteiführung, allen Angriffen gegen die Politik der Exekutive und allen Abweichungen von der Linie der Komintern entschlossen entgegenzutreten.

Der rechte Flügel der Komintern versucht, ebenso wie die kleine rechte Gruppe in Deutschland, die Bolschewisierung der kommunistischen Weltpartei zu verhindern und sie durch opportunistische Abweichungen zu verunsichern.

Der Parteitag erinnert an den Beschluss der Erweiterten Exekutive vom März 1923, daß die Führer der deutschen Arbeiterpartei voll und ganz verbunden haben und erwarten, daß deren Ausblick gemäß dem Beschluss der Exekutive ohne Zögern durchgeführt wird, wenn diese Gruppe trotz der Beschlüsse der Internationale ihre parteifeindliche Fraktionsarbeit fortsetzt.

Der Parteitag weist mit Entrüstung die Angriffe gegen die Politik der kommunistischen Internationale zurück, die in jüngster Zeit von einer Gruppe polnischer Genossen unter Führung Domagalski unternommen wurden. Er fordert die kommunistische Partei Polens auf, diese Gruppe, die nur dem Namen nach links, in Wirklichkeit aber ein genaues Spiegelbild der polnischen Reaktion und ihres Verhältnisses zum Bolschewismus ist, energisch zur Ordnung zu rufen.

Der Parteitag begrüßt die Erfolge der kommunistischen Partei Englands, die sich trotz ihrer Jugend und ihrer zahlenmäßigen Schwäche im letzten Jahr großen Erfolg innerhalb der revolutionären englischen Gewerkschaftsbewegung errang und die zur Führung der größten, historisch bedeutungsvollen Umgruppierung der englischen Arbeiterbewegung beizutragen ist.

Der Parteitag solidarisiert sich vollkommen mit der Politik der kommunistischen Partei Frankreichs und begrüßt mit Beifriedigung ihre klare, bolschewistische Einstellung zum Marsoffensivplan.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß unsere schweizerische Bruderpartei infolge der richtigen Politik der Exekutive auf der Märztagung sich günstig entwickelt und die Krise der rechten Liquidatoren zu überwinden beginnt.

In der italienischen Partei beginnt ähnlich wie vor kurzem in Deutschland und in Polen die linke Gruppe unter Führung Bordigha eine unbolschewistische Tätigkeit zu entfalten. Die Führung der KPD hat mit Recht einen scharfen Kampf gegen diese Gruppe ausgenommen, die gerade angesichts des wachsenden Einflusses der italienischen Kommunisten unter der Arbeiterklasse, ihrer Erfolge in den Gewerkschaften völlig überwinden werden muß.

Der 10. Parteitag wiederholt den Beschluss der restlosen Solidarität mit der führenden Partei der Komintern, der KPD, den bereits der Frankfurter Parteitag im schwersten Moment der ersten Trotski-Debatte ohne jedes Zögern durchführte. Die Entschlüsse für den Kampf an der Seite des 3. der KPD in der verflochtenen Periode sowie der letzten Parteikonferenz sind für alle Sektionen der Komintern von größter Wichtigkeit. Die neuen Maßnahmen der Bauernpolitik, der Kampf um die Befreiung des Sowjetapparates, die parteiorganisatorische Entwicklung der KPD, die starke Heranziehung der Parteiloseren sind ebenso ein Ausbruch für die Stabilisierung der Sowjetunion, d. h. für die Stabilisierung der internationalen proletarischen Revolution gegen den Imperialismus, wie die ökonomischen Erfolge der Sowjetmacht, ihre außenpolitische Befestigung und der starke, ununterbrochene Aufstieg der Lebenshaltung der russischen Arbeiterklasse.

Die Stabilisierung der Sowjetunion und der Vormarsch der Komintern sowie die Schwierigkeiten und Gegenkräfte der imperialistischen Staaten sind der Grund für die hysterische, maßlose, fieberhafte Begeisterung aller reaktionären Mächte der Welt gegen diese beiden wichtigsten Organisationen des kämpfenden Proletariats.

Um so härter, um so aktiver, um so planmäßiger und erfolgreicher muß der Kampf unserer Partei und aller Bruderparteien der Komintern gegen die internationale und die eigene Bourgeoisie sein. Um so fester steht die KPD zur kommunistischen Internationale und ihrem härtesten Bollwerk, der Sowjetunion.

(Mit allen gegen eine Stimme (Götwan-Berlin-Weidling) angenommen.)

Resolution über die Tätigkeit der Zentrale.

Vorgelegt von den Delegationen Berlin-Brandenburg, Bessarabien, Nordwest, Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein, Halle, Thüringen, Ostpreußen, Ostpreußen und Westfalen.

Nach Kenntnisnahme des politischen Berichts der Zentrale beschließt der Parteitag, die Politik und die Tätigkeit der Zentrale vollständig zu billigen. Er spricht der Zentrale sein volles Vertrauen aus.

Die Zentrale hat die auf dem Frankfurter Parteitag beschlossene politische Linie durchgeführt und gegen jede Abweichung verteidigt. Sie hat zur Erfüllung der vom Frankfurter Parteitag gestellten Aufgaben eine erfolgreiche Arbeit geleistet. An die Stelle der in Fraktionen zerfallenen, nach Parteien geteilten, in grundlegenden Fragen unklaren Partei ist eine ideologisch einheitliche, organisatorisch straff zusammengestellte, in den Grundfragen des Bolschewismus klare und aktive Partei getreten. Zum ersten Mal in der Geschichte der KPD hat die ganze Partei die Führungsrolle der revolutionären Partei, ihren arbeitsfähigen Gegensatz zur Sozialdemokratie in allen Fragen klar gestellt.

Die Zentrale hat die historische Bedeutung des Dames-Planes sofort richtig erkannt und den außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf in scharfster Abgrenzung zu allen bürgerlichen Parteien, von der SPD bis zu den Völkischen, richtig durchgeführt.

Nach der grenzenlosen Verwirrung, die, als eine Erbschaft des Brandtismus, in der Gewerkschaftsfrage eingebracht war, hat die Zentrale in einer jenen, zunächst ideologisch aufläuternden, später aber, besonders nach dem 5. Weltkongress, auch vor seiner organisatorischen Konsequenz zurücksehenden Arbeit die bolschewistische Auffassung von der Tätigkeit in den reformistischen Gewerkschaften durchgesetzt. Trotz der noch immer großen Schwäche unserer Gewerkschaftsarbeit muß es nach dem Zusammenbruch der Gewerkschaftsarbeit 1923 als ein großer Erfolg angesehen werden, daß der höchste Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten seit Bestehen der Partei erreicht und die Ueberführung der selbständigen Verbände in die freien Gewerkschaften ernsthaft in Angriff genommen wurde.

Wenn opportunistische Abweichungen in der Gewerkschaftsarbeit, in der Kommunalpolitik usw. noch immer vorkommen, so ist das in der Vergangenheit der Partei und in den objektiven Schwierigkeiten der Situation begründet, die einen ständigen, hartnäckigen Kampf gegen die rechten Gefahren notwendig machen.

Mit dem Frankfurter Parteitag standen noch eine Reihe von Bezirken der bolschewistischen Politik der Linken verständig und darum absehend gegenüber. In wenigen Monaten ist es der Zentrale gelungen, alle Bezirke auf der Linie von Frankfurt zu einigen und die besten Elemente der ehemaligen Mittelgruppe völlig zu gewinnen und zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die rechte Opposition, gleichgültig, ob sie offen als Anhänger der Brandt-Politik oder verdeckt als Anhänger der Mittelgruppe und angebliche Vertreter der Politik der Exekutive auftrat, hatte während dieser ganzen Periode in seiner einzigen Frage einen politischen, die Arbeit der Partei fördernden Vorschlag zu machen. Ihre Opposition bestand in persönlichen Querstreichen, in demagogischen Versuchen, die Exekutive gegen die Zentrale auszuspielen, in dem ständig wiederholten Geschrei nach der „Einheitsfrontpolitik“ ohne Kontrolle, auf der Analyse der Situation beruhende Vorschläge und ohne Abgrenzung gegen die brandtische Bündnispolitik, in der opportunistischen Versöhnungs-Geschwätz gegen den „scharfen“ Kampf gegen die SPD, in der Umpreiung der Parole der „Ratenabwägung“ durch Steuergesetze als Hebel unserer Politik, in einer unterirdischen, zerfetzenden der bolschewistischen Parteipolitik in Sohn sprechenden Fraktionsarbeit.

Der Parteitag billigt den konsequenten, unerbittlichen und organisatorischen Kampf der Zentrale zur Ueberwindung aller opportunistischen Anschauungen, zur Ausschaltung aller rechten Fraktionsmächte, zur Gewinnung aller ehrlichen proletarischen Elemente, die sich auf eine rechte Plattform haben lösen lassen.

Die Zentrale hat die richtige bolschewistische Politik nicht nur gegen den rechten, sondern auch gegen den „ultra-linken“ Opportunismus durchgesetzt. Allerdings wurde infolge der Hemmung der Partei durch die rechte Fraktionsmacherei der Kampf gegen die Ultra-linken zu spät aufgenommen, so daß erste Fehler nicht vermieden werden konnten. Diese ultra-linken Abweichungen zeigten sich außer in der Gewerkschaftsarbeit in einer Reihe von taktischen Fragen, in einer von seiner Sachkenntnis beschränkten Zusammenbruchsbewertung auf Grund luxemburgistischer Anschauungen, die es erschwerten, die Partei auf die aktuellen Aufgaben der Massenengewinnung durch Gewerkschaftsarbeit, durch Führung der Kämpfe zu konzentrieren. Ultra-linken Abweichungen zeigten sich ferner in der Ablehnung von Teilsforderungen, wie der Produktionskontrolle, in der Ablehnung aller Steuerforderungen, in der Empfehlung einer der Gewerkschaftsarbeit widersprechenden Taktik bei den Betriebsratswahlen, in der Ablehnung gemeinsamer, gewerkschaftlicher Demonstrationen am 1. Mai, in der trotskischen Form aber in der „prinzipiellen“ Ablehnung von notwendigen, durch die Situation gebotenen taktischen Manövern bei den Präsidentschaftswahlen und in der Preußenfrage. Die Ultra-linken, die ebenso wenig wie die Rechten, der Analyse, Strategie und Taktik der Partei eine eigene, die Partei vorwärts führende Analyse und Politik entgegenstellen können, haben die Partei durch ihr leeres Wärmegeschrei bei der Durchführung einer elastischen Taktik gehindert und in unverantwortlicher Weise Verwirrung in die Partei getragen. Der Parteitag verurteilt daher aufs schärfste das Auftreten der Genossen Rosenbergs, Scholens und ihrer Anhänger gegen die Politik der Zentrale und billigt ebenso den rücksichtslosen Kampf, den die Zentrale gegen die Anführer dieser Verwirrung geführt hat, wie die nachdrückliche Arbeit zur Klärung der Streitfragen bei den durch diese Manöver ihre gewordenen ehrlichen, revolutionären Arbeitern.

Der Parteitag billigt ausdrücklich die Beschlüsse, die auf den Sitzungen des 3. seit dem Frankfurter Parteitag gefaßt wurden, insbesondere die Gewerkschaftsbeschlüsse des 3. vom Oktober 1924, die taktischen Resolutionen vom Januar 1925, die KPD, die einzige Arbeiterpartei“ und vom Mai 1925 (Taktik im Kampf gegen die monarchistische Gefahr).

Desgleichen unterstreicht der Parteitag noch einmal den Beschluss gegen die Fraktionsmacherei, der auf dem ersten 3. nach Frankfurt gefaßt wurde. In einer bolschewistischen Partei darf es keine Fraktionen und Gruppierungen geben. Die Verfechter von Fraktionsbrüderlichkeit, die Organisatoren von Zerfetzungsgruppen in der Partei, die berufsmäßigen Oppositionsmacher aus persönlicher Kränkung gehören weder in die KPD, noch in die Komintern. Die Partei muß leben Genossen, der seine Fehler in der Vergangenheit einkauft und zur Mitarbeit auf der Plattform der Partei ehrlich bereit ist, als gleichberechtigten Mitkämpfer behandeln. Gegen alle Fraktionsmächte gilt ein einmütiges:

Hände weg von der Partei!
Nieder mit den Fraktionsmachern!

In dem festen Willen, die Partei einheitlich und geschlossen auf dem Wege von Frankfurt weiterzuführen, fordert der Parteitag alle ehrlichen Kämpfer der Partei auf, mit dem Opportunismus in seiner rechten und seiner ultra-linken Gestalt Schluss zu machen, sich wie ein Mann hinter die bolschewistische Führung zu stellen, die die Partei auf dem Wege der Bolschewisierung ein großes Stück vorwärts gebracht hat und vom Vertrauen der Partei getragen ist.

(Resolution gegen 5 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.)

Resolution

zur Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen im Reichstag und Preussischen Landtag.

Der Parteitag begrüßt die kommunistischen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages zu ihrem einschließenden Auftreten für die Interessen der Arbeiterklasse.

Der demagogische Kampf der Reichstagsfraktionen gegen die Dames-Verträge, ihr Kampf für den Achtundzwanzigsten gegen die Steuererhöhung und Rottenlocher, ihr unermüdliches Eintreten für die Befreiung der politischen Gefangenen und die Kämpfe auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der energische Kampf der preussischen Landtagsfraktion gegen die arbeitseindringende Politik der Regierung Braun-Severing, gegen die monarchistischen Bestrebungen der Junker und Schwerindustrie, gegen die Klassenjustiz und Völkcherrückfälle, sowie ihr Kampf für die Ueberwindung der wirtschaftlichen Lage der in preussischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten zeigen, daß beide Fraktionen die Interessen der arbeitenden Massen in echt bolschewistischer Weise vertreten haben. Der Parteitag erklärt sich deshalb mit der Haltung der Fraktionen im Reichstag und im Preussischen Landtag einverstanden.

(Gegen 1 Stimme angenommen.)

Erklärung

zur Resolution über die Tätigkeit der kommunistischen Internationale.

(Vorgelesen von Genossen Rosenbergs zugleich im Namen der Genossen Scholens und Kays von der Zentrale, der drei Delegierten des Bezirks Rhein-Saar, des Genossen Götwan-Berlin und der Genossen Weigt und Lau aus Westfalen.)

Wie schließen uns der Vertrauensklärung zur Tätigkeit der Exekutive der kommunistischen Internationale durchaus an. Wir sind jedoch mit folgenden Formulierungen in der vorgelegten Resolution nicht einverstanden:

1. Es ist uns nichts davon bekannt, daß eine Gruppe polnischer Genossen unter Führung Domagalski Angriffe gegen die Politik der Komintern gemacht hat. Bekannt ist uns, daß die polnische Zentrale in einer Resolution eine durchaus sachliche Kritik an einzelnen taktischen Auffassungen der Komintern übte. Wir betonen aber, daß wir die Stelle der Resolution der polnischen Zentrale über Bulgarien nicht zu eigen machen können, da uns die zugrunde liegenden Tatsachen nicht bekannt sind. Es steht außerhalb jeder Diskussion, daß wir die volle Solidarität mit der heftigsten kämpfenden kommunistischen Partei Bulgariens empfinden. — Die Kritik der polnischen Zentrale an der neuen taktischen Wendung der KPD berührt sich im wesentlichen mit unserer eigenen Kritik. Wir sind also nicht in der Lage, die polnische Zentrale wegen dieser Stellungnahme zu verurteilen.

2. Wir begrüßen die vorbildliche Haltung unserer französischen Bruderpartei gegenüber dem marokkanischen Raubkrieg, aber wir sind nicht in der Lage, uns mit der Taktik der KPF bei den Kommunalwahlen (Zurückziehung unserer Kandidaten zugunsten des Vorklubs) einverstanden zu erklären.

3. Was Italien betrifft, so können wir durchaus nicht alles billigen, was die Gruppe des Genossen Bordigha organisatorisch und theoretisch unternimmt, insbesondere nicht die Auffassung Bordighas über den Trotskismus. Wir sind aber der Meinung, daß alles aufgegeben werden muß, um die Einheit der KPD Italiens aufrecht zu erhalten, und daß alles vermieden werden muß, um auf italienischem Boden ein zweites Helldorf zu schaffen und wertvolle Arbeiterelemente Italiens von der Komintern abzustoßen. Wir erklären die Aufgabe des Parteitag der KPD, nicht darin, in scharfmacherischer Weise gegen linke Gruppen vorzugehen, die in der Vergangenheit im Kampf gegen rechte Abweichungen innerhalb der Komintern in der vorerzählten Reihe gestanden haben und mit denen die deutsche Linke jahrelang in den wichtigsten Fragen übereinstimmte. Vielmehr betrachten wir als eine Hauptaufgabe der Komintern die Zusammenfassung aller wirklich revolutionären Kräfte gegen die akute Gefahr von rechts.

Neben dieser Erklärung senbet noch der Gen. Scholens eine Erklärung auf unsere Veröffentlichung in Nr. 4 des Bulletin über die Plattform Bordighas. In dieser Erklärung wird der obige Absatz der Stellungnahme der Genossen zu der Plattform wiederholt. Da wir die ganze Erklärung abdrucken, erübrigt es sich, die Zuschrift Scholens zu bringen.

Die Redaktion.

Erklärung.

Die unterzeichneten Delegierten erklären zur Abstimmung über die vorgelegte Resolution zum Geschäftsbericht, in der der Zentrale das Vertrauen ausgesprochen wird, folgendes:

Wir sprechen der auf dem Frankfurter Parteitag gewählten Zentrale unser Vertrauen aus. Wir erklären aber ausdrücklich, daß wir diejenigen Stellen in der Resolution, die sich gegen das Verhalten der Genossen Rosenbergs und Scholens wenden, nicht billigen. Die Kritik, die die beiden Genossen im Mai d. J. an gewissen politischen Fragen geübt haben, hielt sich durchaus im Rahmen der Partei und rechtfertigt keineswegs eine Vertrauensklärung gegen diese Genossen.

Gen.: Hans Weber (Rhein-Saar), Arthur Vogt (Scheidt), S. Götwan (Berlin-Weidling), Müller (Ludwigshafen), Hoffmann (Rhein-Saar), Lotzen (Gießen-Waldeck), Bruno Leu (Weil, Westfalen), Rotten (Niedersachsen), Rotten (Berlin).

Erklärung.

Die Delegation Rhein-Saar ist für die Streichung der in der Resolution über die Tätigkeit der Zentrale enthaltenen Billigung der Zentralausführungsbeschlüsse vom 10. Mai 1925 und sinngemäße Sätze (wie vorgelesen).

Bei der vorausgesetzlichen Ablehnung dieser Streichung erklären wir schon jetzt, daß wir aus diesem Grunde gegen diese Resolution stimmen werden.

Delegation Rhein-Saar, 1. J. A.: Hans Weber.

